

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 151. Ratssitzung vom 12. Dezember 2012

3404. 2012/345 Weisung vom 19.09.2012: Voranschlag (Budget) 2013

Gemeinsame Behandlung der Anträge 042. bis 044. (Postulat 2012/454)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Viele Jugendliche verfügen offenbar nicht über die Fähigkeit, mit Geld richtig umzugehen. Seit 2005 bieten die Betreibungsämter der Stadt Zürich Schulbesuche in der 3. Oberstufe an. Das reicht aber nicht, wie die Zahlen zeigen. Mit dem Begleitpostulat wollen wir erreichen, dass die Schuldenpräventionsarbeit ausgebaut wird. Damit können hohe Folgekosten, Abhängigkeit von der Sozialhilfe und soziales Elend vermieden werden. Dafür sollen bei den Betreibungsämtern zusätzliche Stellenprozente geschaffen werden. Dazu benötigt man auch jugendgerechtes Material, das wir zusätzlich zu den Lohnkosten beantragen. Im Namen der Mehrheit sollte diesem sinnvollen sozialpolitischen Antrag zugestimmt werden.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Das Problem besteht, aber es wäre Aufgabe der Eltern und deshalb am besten Zuhause zu lösen. Es besteht heute schon eine grosse Hilfestellung seitens der Betreibungsämter. Wenn man diesen aber ins Pflichtenheft schreibt, dass sie das auch noch machen müssen, ist dies der falsche Weg. Wir lehnen das Postulat deshalb ab und gehen in den Anträgen mit dem Stadtrat.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: *Wir haben im Lehrplan das Thema bereits festgeschrieben. Wir haben öffentliche, zahlreiche private und halböffentliche, sowie Online-Angebote. Die Stellenprozente wären nicht verhältnismässig, weshalb wir das Postulat ablehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Rebekka Wyler (SP): *Lehrmittel sind Theorie, aber wenn ein Betreibungsbeamter oder eine Betreibungsbeamtin aus der Realität erzählt, ist dies viel effektiver. Die angespannte Finanzlage wird erwähnt, doch hier kann man sehr viel an Folgekosten vermeiden.*

Margrit Haller (SVP): *Dem Gesellschaftsproblem mit zwei neugeschaffenen Stellen bei den Betreibungsämtern zu begegnen, lehnen wir ab. Anstatt die Prävention breit über*

alle Schulen zu streuen, wäre es sinnvoller, wenn verschuldete Jugendliche sich den SchulsozialarbeiterInnen anvertrauen würden. Gemeinsam mit den Eltern kann dann nach Lösungen gesucht werden. Der Umgang mit Geld und Schulden muss systematisch und gezielt mit den Betroffenen angegangen werden.

Roger Liebi (SVP): *In der Postulatsbegründung steht, dass das nötige Wissen im Umgang mit Geld es ermöglicht, Schulden zu vermeiden. Die Schuldenprävention stärkt die Eigenverantwortung der Betroffenen. Hier erlebe ich jeden Mittwoch das Gegenteil. Sie müssen selber mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn sie Geld ausgeben, das sie nicht haben, wie sollen sich die Jugendlichen dann anders verhalten?*

S. 110	10 1070 3010 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Betreibungsämter Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat			12 803 200	Minderheit
			200 000	13 003 200	Mehrheit
					Enthaltung
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Walter Angst (AL)
		Begründung: Ausweitung Schuldenpräventionsarbeit an Schulen			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 50 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 043.

Wortmeldungen siehe Antrag 042 (Beschluss-Nr. 3404/2012).

S. 110	10 1070 3101 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Betreibungsämter Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat				13 200	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
				50 000	63 200	Mehrheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Ausweitung Schuldenpräventionsarbeit an Schulen			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 51 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

3419. 2012/454

**Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 05.12.2012:
Ausbau der Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe Antrag 042. (Beschluss-Nr. 3404/2012).

Rebekka Wyler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3382/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat